



# Grazer Pflegeheimen droht jetzt Privatisierung

## „Schwarz-grüne Regelung lässt Alarmglocken läuten“

*Am 23. März hat der steirische Landtag eine Statutenänderung für die Stadt Graz beschlossen, die die Regelung enthält, dass Privatisierung im Bereich der Daseinsvorsorge künftig einer 2/3-Mehrheit im Gemeinderat bedürfen. Allerdings fehlen in der Aufzählung jener Bereiche, die den erhöhten „Privatisierungsschutz“ genießen, die Geriatrischen Gesundheitszentren und die Pflegeheime der Stadt Graz.*

Der KPÖ-Abgeordnete Ernest Kaltenecker: „Ein Schutz der Pflegeeinrichtungen ist unbedingt erforderlich. Geschäftemacherei und Privatisierung in diesem Bereich wären ja in unserem Bundesland keine Besonderheit. Dass dies von Schwarz-Grün heute erneut kommentarlos abgelehnt wurde, lässt die Alarmglocken läuten.“

Der „Privatisierungsschutz“ lässt sich überdies bequem umgehen, indem Einrichtungen einfach an die stadteigene Schul-

denverwaltungsfirma GBG ausgegliedert werden. Dadurch entgleitet dem Gemeinderat die Kontrolle über das öffentliche Eigentum der Stadt.

Es ist zu befürchten, dass sich die Rathauskoalition mit der Verscherbelung der Pflegeheime das eine oder andere Prestigeobjekt finanzieren möchte. Dabei zeigt die Erfahrung, dass private Pflegeheime die öffentliche Hand teuer zu stehen kommen. Das Pflegeheim-Imperium des BZÖ-Politikers Fischl etwa hat Anteile an seinen Häusern als lukrative Spekulationsobjekte auf den internationalen Markt geworfen.

Auf Antrag der KPÖ hat der Landtag erst im Dezember 2009 beschlossen, in Zukunft auf öffentliche oder gemeinnützige Träger zu setzen. Nur die ÖVP stimmte dagegen. „Nun haben es sich die Grünen und die SPÖ offenbar anders überlegt. Wir stehen hier einer eigenartigen Koalition der Privatisierer gegen-



Die KPÖ warnt vor der Privatisierung der städtischen Pflegeheime.

über, die ihre eigenen Beschlüsse nicht ernst nimmt. Im Interesse der Grazer Bevölkerung muss alles getan werden, damit einer Geschäftemacherei mit den Pflegeheimen nicht Tür und Tor geöffnet wird“, so Klimt-Weithaler.



„Spekulant das Handwerk legen“



Die steirischen KPÖ einen Forderungskatalog zum Thema Pflege erstellt. Wir laden Sie ein, mitzudiskutieren, sich mit unseren Verbesserungsvorschlägen zu beschäftigen. Wir senden Ihnen die Broschüre „Wie wollen wir Pflege?“ gerne kostenlos zu. Bestellungen bei: Landtagsklub der KPÖ, Herrngasse 16, 8010 Graz E-Mail: ltk-kpoe@stmk.gv.at Tel. (0316) 877-5102 Fax (0316) 877-5108

Platz für Adressaufkleber  
Österreichische Post AG / Sponsoring.Post • BenachrichtigungsPA  
8020 Graz VNr: 07Z037205

# Raumordnung: „Schwarzer Tag für Steiermark“

## Ernest Kaltenegger: „Bodenspekulation und Zersiedelung ist nun Tür und Tor geöffnet“

*Künftig können Bürgermeister in der Steiermark überall im Freiland Baugenehmigungen erteilen. Das ist aus Sicht von KPÖ-LAbg. Ernest Kaltenegger eine der schlimmsten Auswirkungen der neuen Raumordnung, die am 23. März im Landtag beschlossen wurde. Eine fundierte Warnung der Kammer für Architekten wurde einfach ignoriert.*

Nicht angetastet werden hingegen die Umwidmungsgewinne. Das sind jene Wertsteigerungen, die Grundstücke durch eine Umwidmung in Bauland erfahren. Die KPÖ hatte wiederholt gefordert, diese Art der Bodenspekulation mit einer Investitionsabgabe und der Möglichkeit

der Rückwidmung nach einer mehrjährigen Frist, in der keine Bebauung stattfindet, zu unterbinden.

LAbg. Kaltenegger: „Für die Steiermark ist das ein schwarzer Tag. Die neuen Bestimmungen sind äußerst kurzsichtig, weil sie darauf abzielen, einer größtmöglichen Zersiedelung Tür und Tor zu öffnen. Viele Gemeinden werden in einigen Jahren an den Folgekosten dieser Politik finanziell zerbrecen, weil die Infrastrukturkosten bei einer planlosen Zersiedelung gewaltige Ausmaße annehmen.“

Kaltenegger erinnert auch darauf hin, dass die UmweltexpertInnen des Landes Steiermark erst vor wenigen Tagen darauf hingewiesen haben, dass das neue Raumordnungsgesetz im



*Eine noch stärkere Zersiedelung macht das neue Raumordnungsgesetz möglich. bild: google maps*

Widerspruch zu den Zielen des Steiermärkischen Klimaschutzplanes steht. Nun kurzfristig verankerte Placebo-Maßnahmen

können nicht über die Unzulänglichkeiten des Gesetzes hinwegtäuschen.

# „Für Gerechtigkeit“: KPÖ-Wahlerfolge in steirischen Gemeinden

*Die KPÖ hat bei den steirischen Gemeinderatswahlen ihr bestes Ergebnis seit dem Jahr 1970 erreicht. In Trofaiach verdoppelt die KPÖ sogar ihr letztes Ergebnis und kommt nun auf fast 20 Prozent. Spitzenkandidatin Gabi Leitenbauer wird die erste steirische KPÖ-Vizebürgermeisterin. In Eisenerz gewinnt die KPÖ drei Mandate und erhält 13,74 % der Stimmen. In Mürzzuschlag sind es 10,28 %.*

In Kapfenberg, Bruck an der Mur und Spielberg zieht die KPÖ neu in den Gemeinderat ein. In Leoben kann die KPÖ mit Werner Murgg ihre drei Mandate und ihren Sitz im Stadtrat verteidigen.

In Knittelfeld gewinnt die KPÖ mit LAbg. Renate Pacher 4 Mandate (11,9 %). Damit zieht die KPÖ erstmals in den Knittelfelder Stadtrat ein.

In Judenburg und Zeltweg

kann die Mandatszahl jeweils auf zwei verdoppelt werden. In Fohnsdorf hält die KPÖ ein Mandat. Ein Neueinzug in den Gemeinderat gelingt in Weiz, Schönegg bei Pöllau und in St. Stefan ob Leoben.

Insgesamt hat die KPÖ Steiermark nun 28 Mandate außerhalb der Landeshauptstadt Graz, 2005 waren es 13.



*KPÖ-LAbg. Renate Pacher zieht in den Knittelfelder Stadtrat ein.*

## Gabi Leitenbauer Eine muss die Wahrheit sagen!

*Erstmals gelang es der KPÖ mit Gabi Leitenbauer die Vizebürgermeisterin einer Stadt (Trofaiach) zu stellen. Die KPÖ hat nun 5 Mandate.*



**Klein, aber mit Biss**

# Nach fünfter Teuerung beim Strom: „Transparenzkonto“ für EStAG!

LAbg. Werner Murgg: Niedrige Strompreise werden nicht an Haushaltskunden weitergegeben

„Eigentlich hätten die steirischen Haushalte schon längst einen Brief von der EStAG erhalten sollen“, meint der KPÖ-LAbg. Werner Murgg. „Inhalt: Die Preise an der Strombörse sind um 45 Prozent gegenüber dem Zeitpunkt der letzten Preiserhöhung im Juli 2008 gesunken, daher senkt auch die EStAG ihre Strompreise. Das Gegenteil ist aber der Fall: In der Ära Voves/Schachner-Blazizek wurde der Strompreis fünfmal mit dem Verweis auf die Strombörse erhöht.“ Nach dem andauernden Preisverfall an den Strombörsen wird nun verschwiegen, dass die Einkaufskonditionen für Strom und Gas sich in den letzten ein- einhalb Jahren gewaltig verbessert haben.

Für Murgg sind die jüngsten Aussagen der EStAG, dass die Strompreise weiter hoch bleiben sollen, daher höchst aufklärungsbedürftig. Seit 2005 wurden die

Strompreise (ohne die regulierten Netztarife) unter Verweis auf die Börse um mehr als 50 Prozent angehoben. Zugleich vermeldete die EStAG Jahr für Jahr neue Rekordgewinne. Jetzt sind die Börsenpreise so niedrig wie zuletzt Ende 2005, aber die längst fällige Strompreissenkung bleibt aus. Murgg: „Gerade in Zeiten hoher Belastungen für Arbeitslose und Kleinverdiener wäre es selbstverständlich, dass die EStAG ihre gesunkenen Einkaufspreise an die steirischen Haushalte weiterreicht.“

## 100 Mio. Euro un- gerechtfertigt bei den steirischen Haushalten abkassiert?

Murgg schätzt, dass seit 2005 mindestens 100 Mio. Euro un- gerechtfertigt den Steiererinnen und

Steirern aus der Haushaltskasse gezogen wurden. Der Großteil davon wanderte nach Wien zum Verbundkonzern, zum Finanzminister und nach Paris zur EdF. Daher fordert die KPÖ von Landeshauptmann Voves ein „Transparenzkonto“ für die EStAG:

„Nachdem LH Voves Beschlüsse des Landtages zur Strompreissenkung beharrlich ignoriert und dem Landtag auch substantielle Auskünfte zur EStAG verweigert, sollte er wenigstens eine Art ‚Transparenzkonto‘ zulassen: Die EStAG soll unabhängigen Fachleuten wie etwa dem Stromregulator Boltz und Experten aus dem Rechnungshof erklären, warum die Strompreise seit 2005 ständig gestiegen sind und jetzt



LAbg. Werner Murgg

oben bleiben“, fordert LAbg. Murgg einen transparenten und verantwortungsbewussten Umgang mit öffentlichen Geldern und öffentlichem Vermögen.

## Klimt-Weithaler fordert vollen Einsatz für Gewaltopfer

„Zuversichtlich, dass Prozesshilfe nun finanziert wird“

Die Beratungsstelle TARA ist die einzige Einrichtung, die sich in der Steiermark der Betreuung von Frauen annimmt, die Opfer von sexueller Gewalt geworden sind. Ein wichtiger Teil dieser Arbeit besteht – neben therapeutischer Hilfe – in der Begleitung von betroffenen Frauen bei Strafprozessen. Ein Teil der Kosten für die Prozessbegleitung wurde bisher vom Justizministerium getragen, wobei zum Teil Strafzahlungen von verurteilten Tätern verwendet wurden.

Für das laufende Jahr wurde die Förderung in der Höhe von 9.000 Euro jedoch nicht bewilligt, wodurch dieser so wichtigen Arbeit von TARA das Ende droht. Eine andere Einrichtung, die auf diesen Bereich spezialisiert ist, gibt es in unserem Bundesland nicht, betont KPÖ-Klubobfrau

Claudia Klimt-Weithaler, die sich im Landtag für eine finanzielle Absicherung der Prozessbegleitung, auf die seit 2006 auch ein Rechtsanspruch besteht, stark gemacht hat.

In der letzten Landtagssitzung kam es auf Antrag der KPÖ zum einstimmigen Beschluss, die Finanzierung der 9.000 Euro sicherzustellen. Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler zeigt sich erleichtert über die breite Unterstützung: „Die Prozessbegleitung ist für Frauen, die Opfer von sexueller Gewalt geworden sind, eine sehr wichtige Unterstützung in einer schwierigen und unangenehmen Situation. Es kann einfach nicht sein, dass es an 9.000 Euro scheitert. Nach der Diskussion im Sozialausschuss bin ich aber zuversichtlich, dass eine Finanzierung nun zustande kommt.“

## Verwirrspiel um Mindestsicherung: „VP weiß nicht, wovon sie redet“

Mit 1. September soll die Sozial- und Notstandshilfe und Österreich durch eine einheitliche „Mindestsicherung“ ersetzt werden. Die SPÖ verspricht einen großen sozialpolitischen Fortschritt. Tatsächlich geht es um den bedeutendsten sozialpolitischen Einschnitt der letzten Jahre. Die KPÖ hat auf ihrer Website vorge-rechnet, dass künftig katastrophale Einbußen bei der Sozialhilfe zu erwarten sind.

Ein irritierendes Unverständnis der Sozialgesetzgebung seitens der ÖVP offenbarte die Debatte über die Mindestsicherung im steirischen Landtag. KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler: „Offensichtlich verwechselt die VP die Mindestsicherung mit dem Grundeinkommen. Das Hängematten-Argument hat mit der Realität nämlich nicht viel zu tun. Nur wenige leben ausschließlich von Sozialhilfe, sondern verdienen zu wenig, um von ihrem

Lohn leben zu können, müssen Angehörige pflegen oder haben als Alleinerzieherinnen schlechte Chancen auf dem Arbeitsmarkt.“

Auch bei der KPÖ ist man der Meinung, dass sich Arbeit lohnen soll. Gerade die ÖVP lehnt es aber vehement ab, einen menschenwürdigen Mindestlohn in Österreich gesetzlich zu verankern. „Von der sozialen Hängematte zu reden ist zynisch. Es ist schon seltsam, wenn hoch bezahlte Berufspolitiker im Namen von Berufstätigen, die weniger als 800 Euro im Monat verdienen, eine Sozialschmarotzerdebatte schüren.“, so Klimt-Weithaler in Richtung ÖVP.

Klimt-Weithaler: „Ich kenne niemand, der mit der 13. oder 14. Auszahlung auf Urlaub fährt. Ich kenne aber durch meine Sozial-sprechstunden viele Sozialhilfeemp-fängerInnen, die damit ihre Stromrechnung oder die Reparatur ihrer Waschmaschine bezahlen.“

# SPÖ-Rückzieher bei Gratis-Kindergarten

## Klimt-Weithaler: „Steirische SPÖ ist Opfer ihrer Feigheit“

Nur eineinhalb Jahr nach dessen Einführung stellt die SPÖ den Gratis-Kindergarten wieder in Frage. Landesbauptmann Voves hatte ihn 2008 noch als „historischen Erfolg“ bezeichnet, nun soll schrittweise ein „Rückbau“ erfolgen. Die zuständige Landesrätin Grossmann erklärte, sie könne sich die Einführung von Gebühren für die Ganztagesform vorstellen.

Vor den Folgen dieses Schrittes warnt KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler: „Der

Gratiskindergarten ist auch eine wichtige bildungspolitische Maßnahme, dessen schrittweise Rücknahme die Steiermark weit zurückwerfen wird. Die SPÖ ist wieder Opfer ihrer eigenen Feigheit geworden. Wir haben viele Vorschläge gemacht, wie das Land zu neuen Einnahmen kommen kann. Die würde dem Land wesentlich mehr bringen als ein weiteres Belastungspaket für steirische Familien.“

Auch die von Voves geforderte Abschaffung der Wohnbauförderung hätte katastrophale

Folgen für unser Bundesland, eine Verknappung und somit Verteuerung des Wohnraums wäre unausweichlich. KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler: „Es bleibt nur die Hoffnung, dass der nächste politische Kurswechsel des Landesbauptmannes erfolgt, bevor er seine aktuellen Pläne in die Tat umsetzen kann.“



**Claudia Klimt-Weithaler**

## Österreich ist Schlusslicht

### Wirtschaftsförderung nur bei Gleichbehandlung von Frauen!

In der Sitzung des steirischen Landtags am 23. März wurde auf Antrag der KPÖ gemeinsam mit der SPÖ und den Grünen beschlossen, Wirtschaftsförderungen nur mehr an Unternehmen zu vergeben, die sich für die Gleichstellung von Männern und Frauen einsetzen. Ein Bonussystem soll Unternehmen belohnen, die hier entsprechende Taten setzen.

Der KPÖ geht es vor allem darum, dass Frauen in Österreich nach wie vor deutlich schlechter bezahlt werden als Männer. Der Einkommensunterschied beträgt im Schnitt 25 %. In den EU-Ländern ist die Lage nur in Tschechien noch schlechter, während Frauen in Italien fast gleich viel verdienen wie ihre männlichen Kollegen.

Wirtschaftslandesrat Buchmann, der jeden Eingriff trotz offensichtlicher Ungerechtigkeiten für unzulässig hält, bekam von KPÖ-Klubobfrau ein T-Shirt mit einer Statistik über Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen in der EU überreicht. Österreich liegt mit 25 Prozent zusammen mit Tschechien an letzter Stelle. Klimt-Weithaler an Landesrat Buchmann: „Herr Landesrat, Sie haben Ihren Eid der Republik Österreich und dem Land Steiermark geleistet, nicht dem Wirtschaftsbund und der Industriellenvereinigung. Bitte handeln Sie auch so.“



**10 Uhr**  
Treffpunkt  
Südtiroler Platz

**14 Uhr**  
Fest im Volkshaus Graz,  
Lagergasse 98a  
Musik:  
Wiener Tschuschenkapelle

**Profite runter - Löhne rauf!**

**KPÖ wirkt!**

Kaltenegger - KPÖ, Tel. 0316 / 877 51 04,  
Landhaus, Herrengasse 16, 8010 Graz